

Warendorfer für soziale Gerechtigkeit

DIE REGIERUNG KANN SICH DAS SPARPAKET SPAREN

Das von der IG Metall mit initiierte Bündnis »Warendorfer für soziale Gerechtigkeit« hatte gerufen und etwa 150 Menschen kamen, obwohl die Protestveranstaltung gegen das Sparpaket der Bundesregierung witterungsbedingt kurzfristig in das Kolpinghaus verlegt werden musste.

Guntram Schneider – ehemals Erster Bevollmächtigter der IG Metall Münster, heute Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW – formulierte den Protest: »Das sogenannte Spar-Paket der Bundesregierung trifft die Schwächsten der Gesellschaft. Es ist unausgewogen, weil es die Reichen und Wohlhabenden verschont.« Zwar seien Einsparungen notwendig, sagte Schneider, aber es sei völlig falsch, die Einnahmeseite unberücksichtigt zu lassen. »Da ist Potenzial vorhanden durch eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Anhebung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes, auch durch die personelle Stärkung der Steuerprüfer, das muss gehoben werden.«

Unter dem Beifall der Versammlungsteilnehmer – darunter viele Metaller – kritisierte der Minister den Missbrauch der Leiharbeit. Die Landesregierung werde über den Bundesrat tätig werden,

um »endlich vernünftige Bedingungen für die Leiharbeitnehmer herbei zu führen.« Auch mit der skandalösen Praxis, Arbeitnehmern derart geringe Löhne zu zahlen, dass sie als »Aufstocker« vom Staat unterstützt werden müssen, rechnete Schneider ab: »Überall dort, wo Tarifpolitik nicht greift, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Unternehmen, die den nicht zahlen können, gehören auch nicht auf den Markt.«

Besorgt zeigte sich Schneider über die Kommunalfinzen. Die Landesregierung habe eine schnell wirksame Finanzspritze im Volumen von 330 Millionen Euro beschlossen. Aber das könne nur ein erster Schritt sein, das Steueraufkommen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei neu auszutarieren.

Der Warendorfer Bürgermeister Jochen Walter warnte vor den Folgen der wachsenden Fi-



Von links: Günter Hagedorn, Jürgen Schmidt, Guntram Schneider, Jochen Walter

nanznot in den Städten und Gemeinden. Dies führe zur Handlungsunfähigkeit dort, wo die Menschen leben.

Greife erst einmal – was in vielen Städten und Gemeinden schon der Fall sei – die Haushalts-sicherung, hätten »die Räte nichts mehr zu sagen«. Das sei eine fatale Entwicklung. Die Erfordernisse von Sparsamkeit und Schuldenabbau könne man nicht außer Kraft setzen, sagte Walter, aber dabei müsse es gerecht zugehen. Die Bundesregierung habe ein Paket geschnürt, das nicht ausgewogen sei.

Die Westfälischen Nachrichten berichteten über die Protestveranstaltung: »Walter lobte die Initiatoren für ihr Engagement. Es sei gut und richtig, in wichtigen sozialen Fragen die Menschen zu mobilisieren.« Die Politik müsse wieder bei den Menschen ankommen, die betroffen seien.

Günther Hagedorn, Leiter der IG Metall-Nebenstelle, sieht das genauso: »Es ist die Aufgabe der IG Metall, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen. Deshalb haben wir hier in Warendorf mit anderen gemeinsam die Initiative ergriffen, und das war erst der Anfang.« ■

Burkhard: »Nein Sagen reicht nicht. Alternativen müssen auf den Tisch.«

Mitten in der laufenden – auch öffentlich stark beachteten – Stahl-Tarifrunde war Oliver Burkhard, Bezirksleiter der IG Metall NRW, Gast und Hauptredner unserer Delegiertenversammlung am 15. September in Münster. In der Stahl-Tarifrunde geht es um sechs Prozent mehr. Und es geht um

eine Tarifregelung zur Leiharbeit. »Gleiche Arbeit – gleiches Geld« ist das Ziel. »Krise können wir, das haben wir bewiesen«, sagte Burkhard und erinnerte an das im Frühjahr abgeschlossene tarifliche Job-Paket für die Metall- und Elektroindustrie. »Aber wir können auch Aufschwung«, zeigte sich der Verhandlungsführer, der sich in der Stahlindustrie auf bestens organisierte Belegschaften stützen kann, optimistisch.

Die Betriebsräte der tarifgebundenen Betriebe der Metall- und Elektroindustrie forderte Burkhard dazu auf, die wirtschaftliche Entwicklung im Unternehmen genau zu beobachten und ge-



Oliver Burkhard, Bezirksleiter der IG Metall NRW

gebenenfalls zu verlangen, die für den 1. April 2011 vereinbarte 2,7 prozentige Entgelterhöhung durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung um zwei Monate vorzuziehen. »Diese

Möglichkeit ist Bestandteil der im Februar geschlossenen Vereinbarung«, unterstrich Burkhard.

Der Bezirksleiter rief auf, Flagge zu zeigen gegen das von der Bundesregierung aufgelegte

unsoziale sogenannte »Sparpaket«, in den Betrieben bei der Aktion »Sparpaket – Annahme verweigert« mitzumachen und jetzt zu beginnen, für die NRW-Kundgebung am 13. November in Dortmund zu mobilisieren.

Klartext auch zur Rentenpolitik. »Die alternativlose Rente mit 67 ist falsch. Aber wir können es nicht bei einem einfachen Nein belassen. Wir mischen uns im Interesse unserer Mitglieder in die Rentendebatte ein und müssen unsere Alternativen auf den Tisch legen. Die im Gesetz enthaltene Revisionsklausel bietet die Chance dazu, das Thema neu aufzurollen.« ■

Impressum

IG Metall Münster
Friedrich-Ebert-Straße 157
48153 Münster
Telefon 02 51 – 9 74 09-0

Redaktion: Jürgen Schmidt
(verantwortlich), Marianne
Plagemann